

Datum: 14.07.2016 12:20:47

Ministerialdirigenten Dr. Götz Schmidt-Bremme
Rechts- und Konsularwesen
Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
5-B-2@diplo.de / buergerservice@diplo.de

CC:
Staatssekretär Dr. Stephan Steinlein
Anschrift: s.o.
buero.steinlein@diplo.de

Abgeordnete des Auswärtigen Ausschusses
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Kindesentführungssache Emil [REDACTED]: Vom Paladin und der Räuberbande - Passiv-aggressives Syndrom im Auswärtigen Amt

----- VOM PALADIN UND DER RÄUBERBANDE -----

Ein hochgestellter und hochbezahlter Paladin - gemäß Amtseid dem Wohle seines Volkes verpflichtet - passiert auf seinen weiten Amtsreisen einen Straßengraben. Dort liegt ein schwerverletztes und apathisch leidendes Kind seines Landes. Daneben steht der erschöpfte Vater des Kindes und ruft laut um Hilfe.

Selber schützen kann der Vater sein Kind nicht. Denn dieselbe ausländische Räuberbande, die das Kind verschleppt hat, hat ihn an Händen und Füßen gefesselt und weigert sich, das Kind zu versorgen und nach Hause zu lassen.

Der Paladin befindet: Gutnachbarschaftliche Beziehungen zur Räuberbande sind ihm wichtiger (und bequemer) als die Rettung (selbst der schwächsten) seiner Landsleute und als die Verteidigung von Recht und Ordnung. So verzichtet der Paladin darauf, seinen Hofstaat zu alarmieren und die mächtigen Truppen seines Fürsten zu Hilfe zu holen, die der Räuberbande mit Leichtigkeit Einhalt gebieten könnten.

Stattdessen ruft der Paladin dem Vater im Graben zu: 'Ich habe viel Verständnis für deine Situation und finde es selbstverständlich, daß du die Lage deines Kindes aufmerksam verfolgst. Wenn dir dabei Dinge auffallen, die dir Sorge bereiten, wende dich vertrauensvoll an deine Gastgeber. Sie sind für dein Anliegen zuständig. Und für deinen Sohn: meine allerbesten Wünsche !' Und ungerührt zieht er vondannen.

Noch in weiter Ferne vernimmt der Paladin die unaufhörlichen Hilferufe des Vaters. Alle Spuren des Vorfalls verwischt er und verpflichtet sein Gefolge zu eisernem Schweigen. Besorgten Mitbürgern und Angehörigen des verschleppten Kindes berichtet der Paladin später von seinen 'vielfältigen Hilfsleistungen', die leider nicht zum Erfolg geführt hätten.

Die Räuberbande sieht darin zurecht einen Freibrief, und so gehen die Kindesentführungen aus dem Lande des Paladins weiter ...

Sehr geehrter Herr Dr. Schmidt-Bremme,

Ihren Brief vom 17.06.2016 (s. Anlage A) als Antwort auf die Berichte zu Emils akuter gesundheitlich-sozialer Notlage habe ich erhalten.

Das Gleichnis von Räuberbande und Paladin (den Sie sicher sofort wiedererkannt haben) macht deutlich, warum Sie mich in diesem Brief auf Ihre ukrainischen Partnerbehörden verweisen. Zusammen mit diesen Partnern haben Sie **in den vergangenen Jahren erfolgreich die ukrainische Kindesentführungspolitik und die faktische Abschaffung des HKÜ realisiert** (s. Anlage B).

Folgerichtig sind **in Ihrem Brief gewohnheitsgemäß ausgeblendet**

- die absolute Eilbedürftigkeit der Sache,
- die geltende Rechtslage nach HKÜ und elementaren Rechtsnormen und
- die endlosen ukrainischen Rechtsverletzungen (s. Anlage C).

Ich staune über dieses toxische Gemisch aus **Kälte, Zynismus und Verweigerung** - in eine Zuckerwatte aus Höflichkeitsfloskeln gepackt und in die Öffentlichkeit geleitet.

Die von Ihnen genannten Kindesämter auf Bezirks- und Stadtebene in Kiew habe ich seit 2014 schon oft aufgesucht, über Emils Elend informiert und um Eingreifen gebeten. Diese Ämter reagieren nicht anders Sie und Ihre Organisation: Sie teilen lauwarmer Worte aus - und tun sonst gar nichts.

Auf Emils Entwicklungsrückstand und medizinische Behandlungsbedürftigkeit weise ich - vergeblich - alle beteiligten Stellen in Deutschland und der Ukraine schon seit Entführungsbeginn hin. Und jetzt, im 36. Entführungsmonat, kommen Sie mit solchen Alibi-Empfehlungen. Viel zu wenig - viel zu spät !

Wie viele Jahre im korrupten und gesetzlosen Behörden- und Justizsumpf der Ukraine haben Sie Emil und mir noch zugebracht ?

Wie kaputt muß der kleine Junge in seiner ukrainischen Gefangenschaft gehen, bevor Sie umsteuern ?

+++

Im übrigen sind es genau **die Behörden der Ukraine, die systematisch und fortgesetzt**

- das völkerrechtlich verankerte HKÜ seit seiner Ratifikation boykottieren,
- Rückführungsprozeduren jahrelang verschleppen, manipulieren und verfälschen,
- Kindesentführungen aus dem Ausland legalisieren,
- Kinder von ihren ausländischen Vätern trennen und beider Rechte aneinander zerstören und
- dabei Kindeswohl und Kindeselend ignorieren.

Aus Entführung und Mißhandlung des Jungen durch seine Mutter ist längst ein ukrainisches Staatsverbrechen geworden. Mit institutioneller Gewalt hat die Ukraine zwischen Emil und mir vor drei Jahren eine Mauer hochgezogen, die bis heute kaum überwindbar ist. Seither habe ich Emil über lange Zeiträume gar nicht oder nur stundenweise sehen können - letzteres immer in einer Atmosphäre von Aggression und Bedrückung.

Aber das, Herr Dr. Schmidt-Bremme, ist Ihnen schon viele Male berichtet worden, selbst wenn Sie konstant wegsehen, weghören und tuscheln - und nach außen Normalität und Konformität der HKÜ-Abläufe in der Ukraine vorzuspiegeln versuchen.

Auch wenn Emil und ich auf unseren erzwungenen Wegen **im rechtsfreien Raum der Ukraine eingesperrt** sind: Wir beide unterliegen als Bürger und ordentliche Einwohner Deutschlands nicht der ukrainischen Souveränität. Es ist **Pflicht der Bundesregierung, uns deutsche Bürger gegen Willkür und schweren Mißbrauch im Ausland zu schützen. Leider entzieht sich die Bundesregierung dieser Pflicht, duldet schwere Straftaten gegen uns und liefert uns den kriminellen Sowjetstrukturen der Ukraine aus** (die das ganze Land ruiniert haben). Insbesondere aus Ihrem Hause kommt nicht die geringste Nutzleistung zugunsten von Emils völkerrechtlich gebotener Rückführung und der Wiederherstellung des rechtskonformen Zustandes.

Ihre Organisation und Sie selbst trifft eine **massive Mitverantwortung für Emils Tragödie und für die psychischen und physischen Schäden, die das kleine, wehrlose Kind schon jetzt davongetragen hat.** Von Anfang an sind Sie genauestens über den Entführungsverlauf informiert und dutzendfach um wirksames (!) diplomatisch-politisches Eingreifen gebeten gewesen - weil es in der Ukraine keinerlei Rechtsstaatlichkeit gibt. Es ist dort Alltag, daß Behörden und Gerichte außerhalb geltender Gesetze und Rechtsvorschriften agieren - ein wichtiger Auslöser der (leider unvollendeten) Maidan-Revolution.

Ihre **schmutzige Duldungs- und Preisgabepolitik gegenüber der Ukraine findet auf dem Rücken des Kindes statt. Emil ist im Begriff, seine Kindheit zu verlieren.**

Nicht anders geht es zu im Falle des entführten deutschen Kindes Sabina Mertens: **Das (farcenhafte) Rückführungsverfahren ist vom ukrainischen Entführerstaat bereits ins vierte (!) Jahr gezogen.** Sabinas derzeitiger Aufenthaltsort ist Vater Mertens unbekannt. Amts-Deutschland schaut schon wieder weg - und beschäftigt sich lieber mit der **Zensur von Emils HKÜ-Justizakten, um Spuren des Nichtstuns und der "Rücksichtnahme" auf die Ukraine zu verwischen ...**

+++

Derweil werde ich auf meinen allmonatlichen Reisen in Emils Kindergefängnis in Kiew Zeuge von den neurotischen Zuständen, die ihm ärztlich attestiert worden sind: Er reißt dann die Augen weit auf, röchelt stark und zittert am ganzen Körper. Minutenlang brauche ich jedes Mal, um ihn zu beruhigen. Wenn er mir beim Abschied zur Wohnungstür (eher: Gefängnistür) hinterherrennt, packt ihn die psychisch kranke Kindesmutter am Kragen, schleift ihn ins Schlafzimmer und sperrt ihn dort ein. Ohne die schwere Pflichtverletzung und die unterlassene Hilfeleistung auf deutscher Amtsseite wären solche

Zustände längst nicht mehr denkbar.

Sie und Ihre Beamten unternehmen nichts zur Kindesrückführung durch Geltendmachung internationalen Rechtes in der morbiden, zutiefst abhängigen Ukraine. Ihre für mich sichtbare und nachweisbare Tätigkeit beschränkt sich aufs **Abblocken, Hinhalten, Täuschen, Ablenken und Manipulieren der hilfeschuchenden HKÜ-Väter** - und im Aussitzen der Kindesentführungen bis zur praktischen Verjährung. Damit befestigt Ihre Organisation die ukrainische Mauer zwischen Emil und mir, anstatt sie einzureißen.

Meine zahlreichen Appelle und Beschwerden (s. Anlage D) haben Sie entweder ignoriert oder pauschal zurückgewiesen, ohne inhaltlich darauf einzugehen. Aus Ihrer Organisation hieß es: 'Gehen Sie durchs HKÜ-Verfahren' - dann: 'Wir können in laufende Verfahren nicht eingreifen' - zuletzt: 'Die ukrainischen Gerichtsurteile sind rechtskräftig.'

+++

Einer der zahlreichen (sehr betroffenen) Mitleser Ihrer Briefe verweist auf ein "passiv-aggressives Syndrom" in Ihrer Organisation. Es ist charakterisiert durch

- Arbeitsverweigerung oder absichtlich langsame und schlechte Arbeit,
- den Widerspruch zwischen Unterstützung durch Worte und Behinderung durch (Nicht-)Taten,
- die große Energie und Entschlossenheit, mit der die Verweigerungshaltung nach außen verschleiert und ohne Rücksicht auf Verluste durchgehalten wird,
- die bewußte Schädigung von Mitmenschen oder deren Inkaufnahme,
- die gezielte Manipulation und Irreführung des Umfeldes.

Eine Regierung, die über große Machtmittel verfügt und zu oft vorgibt, sie könne nichts tun, läßt die Bürger im Stich - und zerstört das Vertrauen in Institutionen und Rechtsstaat.

+++

Passivität und Verweigerungshaltung in Ihrem Hause bringen seit Jahren viel Leid über meinen Sohn und mich.
Welches Motiv oder Kalkül steckt dahinter ?? Wollen Sie die Sache nicht lieber hinter sich bringen ?

Denken Sie um, rütteln Sie Ihren Apparat auf - und liefern Sie mit den gebotenen Mitteln (!!) endlich Ergebnisse zugunsten von Rechtskonformität und Kindeswohl ! Ich sehe hier **Minister Steinmeier in der Pflicht, die ukrainische Staats- und Regierungsspitze zu den nötigen (ggf. rein administrativen) Schritten zu veranlassen.**
Emil braucht jetzt und sofort Hilfe, Schutz und Behandlung - und angesichts der katastrophalen Verhältnisse in der Ukraine gibt es das für ihn nur in Deutschland.

Bitte teilen Sie mir bis zum 29.07.2016 mit, was Sie - in effektiver und für mich nachvollziehbarer Weise - zum Schutz des Kindes und zur Wiederherstellung des HKÜ-konformen Zustandes zu unternehmen gedenken.

Aus München
Anatol Jung

www.nicht-ohne-meinen-sohn.de

Dateianhänge

- A - EJ_Bedrohtes Kindeswohl - Brief von AA (Schmidt-Bremme)_mHvh_06-2016.pdf
- B - EJ_Emils Entführung - Chronik & Besonderheiten_V1.9_07-2016.pdf
- C - EJ_Rückführungsverfahren - Ukrainische HKÜ-Verstöße (mit Vertragstext)_V1.2_D-E-UA_10-2015.pdf
- D - EJ_AA (Schmidt-Bremme) - Fach- & Dienstaufsichtsbeschwerde III_12-2015.pdf



Auswärtiges Amt, 11013 Berlin

Herrn
Dr. Anatol Jung
[...]

BETREFF Ihr Sohn Emil Jung
ANLAGE --
GZ 507 - 520.40/1 UKR

Dr. Götz Schmidt-Bremme
Ministerialdirigent
Beauftragter für den Rechts-
und Konsularbereich
einschl. Migrationsfragen
Botschafter
für den GFMD Co-Vorsitz 2017-2018

HAUSANSCHRIFT
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

POSTANSCHRIFT
11013 Berlin

TEL +49 (0)3018-17-2726
FAX +49 (0)3018-17-5-2726

5-B-2@diplo.de
www.auswaertiges-amt.de

Berlin, 17. Juni 2016

Sehr geehrter Herr Dr. Jung,

vielen Dank für Ihr Schreiben an Staatssekretär Dr. Steinlein vom 4. Juni, mit dem Sie erneut **die Gefährdung des Wohls Ihres Sohnes Emil in der Ukraine geltend machen und um ein Eingreifen deutscher Regierungsstellen bitten**. Ich wurde gebeten, Ihnen zu antworten.

Ich habe viel Verständnis für Ihre Situation und finde es selbstverständlich, dass Sie die weitere Entwicklung Ihres Kindes aufmerksam verfolgen. **Wenn Ihnen dabei Dinge auffallen, die Ihnen Sorge bereiten und die sich nicht im direkten Kontakt mit der Mutter Ihres Kindes klären lassen, sind die zuständigen ukrainischen Behörden der richtige Ansprechpartner. Ein unmittelbares Eingreifen durch deutsche Stellen ist außerhalb Deutschlands nicht möglich.**

Ich hatte bereits im April Ihre Unterlagen an die Botschaft Kiew geben lassen, die sich an **das ukrainische Justizministerium gewandt und um Überprüfung des Wohlergehens Ihres Sohnes gebeten** hat. In der vor kurzem eingegangenen Antwort verwies das Ministerium

auf die **Zuständigkeit des örtlichen Jugendamts, an das Sie sich direkt wenden können.**

Dessen Adresse ist: Vormundschaftsbehörde in der Verwaltung des Stadtbezirkes Kiew-Solomjanka, Prospekt Powitroflotsky 41, 03020 Kiew, Tel.: +38 (044) 226 2088, Fax: +38 (044) 249 4629, E-Mail: zagal@solor.gov.ua. Hierbei kann Ihnen ein versierter Familienrechtsanwalt zur Seite stehen.

Auch die Botschaft hat das Jugendamt um Überprüfung gebeten und wird Sie über dessen Antwort informieren.

Mit freundlichen Grüßen

und den besten Wünschen für Ihre Sohn.


Götz Schmidt-Bemme